

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Überausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für den Monat Juli 48.— M., ansonsten 54.— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Einzelhefte 1.50 M., 10 Hefte 15.— M., 3 Monate 48.— M., 6 Monate 90.— M., 1 Jahr 180.— M. für das übrige Ausland 110.— M., 180.— M. für die übrigen Gebiete. Einzelhefte 1.50 M., 10 Hefte 15.— M., 3 Monate 48.— M., 6 Monate 90.— M., 1 Jahr 180.— M. für das übrige Ausland 110.— M., 180.— M. für die übrigen Gebiete. Einzelhefte 1.50 M., 10 Hefte 15.— M., 3 Monate 48.— M., 6 Monate 90.— M., 1 Jahr 180.— M. für das übrige Ausland 110.— M., 180.— M. für die übrigen Gebiete.

Die sozialistische Kampfbroschüre über deren Raum kostet 25.— M., einschließlich Postgebühren. Kleine Ausgaben: Das festgebundene Wort 4.— M., jedes weitere Wort 3.— M., einschließlich Postgebühren. Ausländische Ausgaben laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 16.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gebühren im Wort-Angebot: das festgebundene Wort 3.— M., jedes weitere Wort 2.— M. Redaktion: Kernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW. 68, Ritterstr. 73, III.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Bayerns Kampf gegen das Reich

Vor folgenschweren Ereignissen

Die seit einigen Tagen herrschende Krise in Bayern hat gestern eine Verschärfung erfahren. Das bayerische Kabinett hat beschlossen, die Reichsgesetze abzulehnen und unter Berufung auf Artikel 48 der Reichsverfassung besondere Verordnungen herauszugeben. Das bayerische Staatsministerium hat sich also den dahingehenden Antrag der Bayerischen Volkspartei zu eigen gemacht, wonach sie das Reichsgesetz zum Schutz der Republik zwar übernimmt, den Vollzug jedoch den bayerischen Staatsanwälten und Volksgerichten überträgt und damit in Bayern die Wirksamkeit der Reichsbehörden und des neuen Staatsgerichtshofes ausschaltet, das Reichsgesetz praktisch ablehnt. Bayern hat dem Reich damit offene Fehde angelegt, wozu noch kommt, daß das Staatsministerium das im Oktober in Kraft tretende Reichskriminalpolizeigesetz nicht als rechtsverbindlich anerkennt und seinen Vollzug in Bayern nicht gestatten könne.

Auf Grund dieser Beschlüsse des bayerischen Staatsministeriums haben die Demokraten erklärt, daß das bisherige Regierungsprogramm durchbrochen und aufgehoben sei und die Demokraten an der weiteren Mitwirkung in der Regierung verzichteten. Die bayerische Regierungskoalition ist also gesprengt. Der demokratische Handelsminister Hamann ist bereits aus dem Kabinett zurückgetreten.

Die „Berl. Montagspost“ läßt sich über die Stellungnahme der Demokraten aus München folgendes melden: „Die Demokraten halten die Maßnahmen der bayerischen Regierung nicht für vereinbar mit der Reichs- und Landesverfassung, und in ihren politischen und wirtschaftlichen Folgen nach innen und außen für verhängnisvoll. Ihre Gegenvorschläge, erst alle verfassungsmäßigen Mittel zu erschöpfen, um auf dem Wege einer Vereinbarung mit dem Reich zu Bürgerschaften über eine gleichmäßig gerechte, keinen Gefinnungsanspruch und kein einseitiges Ausnahmerecht in sich schließende Anwendung der Reichsgesetze zu gelangen unter ausreichender Beachtung der Hoheitsbefugnisse der bayerischen Regierung und Behörden, blieben unbeachtet, weil die Bayerische Volkspartei ihre Beschlüsse für unabänderlich erklärte.“

Wider waren die Demokraten unabänderlich Gegner einer Regierungserweiterung nach rechts durch Einschluß der Deutschnationalen und Deutsch-Volksparteiler in die Koalition. Durch den Austritt der Demokraten ist nunmehr die Frage des Regierungseintritts dieser beiden Rechtsparteien in den Vordergrund getreten, weil erst durch ihren Einschluß die Regierung wieder über eine Landtagsmehrheit verfügt. Die Deutschnationalen verlangen schärfsten Kampf gegen die Maßnahmen der Reichsregierung. Auch die Deutsche Volkspartei will sich diesem Verlangen anschließen.

Der Bayerische Bauernbund wird heute zu der neu geschaffenen Lage Stellung nehmen. Es dürfte heftige Auseinandersetzungen zwischen dem rechten Flügel unter Führung W u r t h o f e r s und dem linken Flügel unter Führung W a n d e r s geben.

So weit die Situation. Die Kampfanlage Bayerns gegen die Reichsgesetze ist im höchsten Maße bedeutsam sowohl für die innerpolitische als auch für die außerpolitische Lage Deutschlands. Innerpolitisch wegen der Unterstützung aller nationalistischen und hochverräterischen Treiberkreise, die zweifellos in dem Vorgehen Bayerns liegt. Außenpolitisch wegen der weiteren Erschütterung des Vertrauens in Deutschland. Was sich die bayerische Regierung mit ihrem neuesten Schritte geleistet hat, kommt einem Hochverrat gleich, denn es ist eine Untergrabung und Verhöhnung der Reichshoheit, ist eine direkte Unterstützung der Feinde Deutschlands.

Die Reichsregierung ist damit vor schwierige Entschlüsse gestellt. Bayern sucht offenbar den Konflikt und zwingt deshalb das Reich, den Kampf anzunehmen. Wir wollen heute auf eine Erörterung der Rittschuld der Reichsregierung an dieser Entwicklung verzichten. Nur so viel sei gesagt: So, wie bisher, kann es nicht weitergehen! Die Reichsregierung muß sich endlich auch in Bayern Achtung verschaffen. Ein Volk von über 50 Millionen kann sich nicht fortgesetzt von 8 Millionen Bayern verhöhnen und drangsaliieren lassen. Es muß sich wehren gegen eine Politik, die den Untergang des ganzen Reiches zur Folge haben muß.

Der Reichskanzler hat oft schon scharfe Worte gegen rechts gefunden; ihnen müssen jetzt Taten folgen. Ohne der Regierung bei ihren Maßnahmen irgendwie vorzugreifen zu wollen, verweisen wir jedoch heute schon auf die Pflichten des Reichspräsidenten, die er aus demselben Artikel 48 der Reichsverfassung hat, auf den sich merkwürdigerweise auch die bayerische Regierung beruft. Der Grundsatz: Reichsrecht bricht Landesrecht muß endlich Bayern gegenüber durch Taten Anwendung finden.

Der Artikel 48 der Reichsverfassung

an den sich die bayerische Regierung beruft, lautet:

Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder dem Reichsgesetz obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten. In diesem Zwecke darf er vorübergehend die in den Artikeln 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft setzen.

Von allen gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 dieses Artikels getroffenen Maßnahmen hat der Reichspräsident unverzüglich dem Reichstag Kenntnis zu geben. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichstages außer Kraft zu setzen.

Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der im Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft zu setzen.

Diese Deutsch-Volksparteiler!

(M.W.) München, 24. Juli. Der Landesvorstand der Deutschen Volkspartei Bayerns nahm in seiner gestrigen Sitzung eine Entschlieung an, durch die die Gesetze zum Schutze der Republik abgelehnt werden. Besonders wendet sie sich gegen den Eingriff in die Justiz- und Polizeihohheit der Länder. Sie billigt die Haltung der bayerischen Regierung in dieser Frage.

Sozialistische Arbeitsgemeinschaft auch in Bayern

München, 22. Juli. (Eigenbericht der „Freiheit“.)

Die Fraktion der USP. im bayerischen Landtag hat sich heute mit der politischen Situation im Reich und in Bayern befaßt. In sehr ergiebiger Aussprache wurde der Hauptwert auf ein Zusammenwirken der Arbeiterkraft in sozialistischer Beziehung gelegt. Der Schritt der Reichstagsfraktion die Bildung der Arbeitsgemeinschaft) wurde als ein Akt der politischen Notwendigkeit erkannt und die gleichen Schritte in den einzelnen Ländern als logische Folge dieses Schrittes angesehen. Als Ergebnis der Aussprache wurde ein Schreiben an die Fraktion der SPD. einstimmig beschlossen, das folgenden Wortlaut hat:

An die Sozialdemokratische Landtagsfraktion!

Berte Genossen!
Die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland hat zwangsläufig zu einer Annäherung der beiden sozialistischen Parteien im Reichstag geführt. Die sozialistischen Fraktionen des Reichstages haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Sie taten es in der richtigen Erkenntnis, daß nur durch die Ueberwindung der Kräfte verschwappenden Zerplitterung innerhalb der Arbeiterklasse ihr das politische Gewicht gegeben wird, das sie auf Grund ihrer Zahl und Bedeutung beanspruchen kann und um der Erhaltung der deutschen Republik willen beanspruchen muß.

Nun stehen wir in Bayern auf einem Posten, der in ganz besonderer Maße gefährdet ist. Es fragt sich, ob nicht sachliche Notwendigkeiten vorliegen, entsprechende Maßnahmen zu treffen. Wir fragen deshalb bei Euch an, ob Ihr zu einer gemeinsamen Aussprache bereit seid, in der die Möglichkeiten eines engeren Zusammenarbeitens der beiden sozialistischen Landtagsfraktionen erörtert werden soll.

Einer baldigen Antwort entgegengehend verbleiben wir mit sozialistischem Gruß

Landtagsfraktion der USP. E. C. Neumann, Vors.

Ein Student als nationalistischer Nordbube

Eigenmeldung der Freiheit

Wie uns mitgeteilt wird, wurde anlässlich des kommunistischen Jugendtages in Clausthal-Bellerfeld ein Teilnehmer des Jugendtages von einem Studenten erschossen. Einzelheiten fehlen noch. Die Zeitung berichtet, daß in Clausthal geplündert wurde. Soviel wir erfahren konnten, kam es infolge der nationalistischen Plutai zu einer Demonstration, an der sich 15 000 Personen beteiligten. Dabei sollen einige Studentenknipen von monarchistischen und ähnlichen Bildern gesäubert worden sein.

Bürgerliche Einigungsversuche

Die Besorgnis des Bürgertums vor dem wachsenden Einfluß des Proletariats ist groß. Die Gründung der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft hat sie noch vergrößert. Eifrig ist man bemüht, der sozialistischen eine antisozialistische Arbeitsgemeinschaft entgegenzustellen. Man glaubt die Hauptchwierigkeiten überwunden zu haben, und die zentriemlichen und demokratischen Einigungsstrategen rechnen bereits damit, bei der auf dem Herbst vertagten Regierungsumbildung dem Bündnis der sozialistischen Parteien einen volksparteilichen, wenn nicht gar deutschnationalen Zuwachs gegenzustellen zu können. Die Hoffnung der Deutschnationalen, durch Oppositions- und Obstruktionspolitik der Monarchie die Wege ebnen zu können, ist ihnen zuschanden geworden! Sie selbst erklären jetzt die Republik als die gegenwärtig einzig mögliche Staatsform zur Wiederaufrichtung Deutschlands. Vielleicht spielt dabei auch der Gedanke mit, den Glauben an den heilbringenden Monarchismus nicht mit den gegenwärtigen staatlichen Schwierigkeiten zu belasten. Aber gerade weil man sich vom ausschließlichen Kampf um die Monarchie gegenwärtig keinen Erfolg versprechen kann, wird sich in den Kreisen, die stets gewöhnt waren, die Bevölkerung nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen, die Bereittheit steigern, in dem ihnen gegenwärtig unausrottbar scheinenden republikanischen Regime als aktive Regierungspartei mitzutun. In diesem Zusammenhang darf man auch der Ausscheidung der Deutsch-völkischen aus der deutschnationalen Fraktion eine besondere Bedeutung beimessen.

Parallel mit den Bestrebungen nach Schaffung eines Bürgerblocks gehen Bemühungen, eine einige große parlamentarisch mächtige bürgerliche Mittelpartei als Gegengewicht gegen eine einige sozialistische Partei, die man bereits als Faktum betrachtet, zu gründen. Früher wurde dieser Gedanke öfter vertreten. So wiederholt von dem ehemaligen demokratischen Reichsminister Preuß. Aber im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen Lage, die den Bürgerlichen durch die Schaffung der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft so ganz anders erscheint, war es wohl der Reichsarbeitsminister Brauns, der als erster und obendrein aus den Reihen des Zentrums, diese Frage zur öffentlichen Erörterung stellte. Er tat es in zwei Artikeln in der „Germania“. Im Berliner „Tag“ nimmt der ehemalige Reichsminister Preuß neuerdings zustimmend dazu Stellung. Auch die „Frankfurter Zeitung“ und zahlreiche andere Blätter liefern ihr geistiges Scherflein zu dieser Frage bürgerlicher Einigung.

Brauns sowohl wie Preuß und die „Frankfurter Zeitung“ wähen, daß es möglich sein wird, für diese neue große republikanische Partei nicht nur Zutrom aus der Wahlarmee der rechts von Zentrum und Demokraten stehenden Parteien zu bekommen, sondern auch den sozialistischen Parteien größere Massen ihrer Anhänger zu entreißen.

Dieser Gedanke scheint nun eine Wandlung im Zentrum herbeigeführt zu haben. Das Zentrum wurde bisher vorwiegend durch kirchliche Interessen zusammengehalten. In allen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen klasten dort von jeher die größten Gegensätze. Am Sonnabendabend konnte die „Dona“ berichten, daß die Zentrumsparlei allen Ernstes daran geht, sich ihres ausgesprochenen katholischen Charakters zu entkleiden. Es sei bereits feststehend, daß man auch andere als katholische Abgeordnete in die Zentrumsfraktion aufnehmen wolle. Zentralvorstand und Landesvorstände gingen in dieser wichtigen Frage, abgesehen von einem bayerischen Widerspruch, konform. Die „Germania“ bringt in ihrer Sonntagsausgabe einen Aufruf, der andündigt, daß die Zentrumsparlei bei den nächsten Wahlen eine größere Anzahl nicht-katholischer Kandidaten aufstellen will, ohne Rücksicht darauf, ob diese eine entsprechende Anzahl von Wählern ihres Bekenntnisses hinter sich haben“. Die Zentrumsparlei sei eine deutsche Verfassungskartei, die weder von den Grenzen einer Konfession, noch einer Klasse, noch eines Standes, noch eines Landes halt macht“.

Damit wäre das in der Zentrumsfraktion selbst liegende Hindernis zur Auffassung demokratischer und volksparteilicher Fraktionsangehöriger resp. der Verschmelzung mit anderen Parteien beseitigt. Die „Germania“ will allerdings diese Wandlung nicht mitmachen. Diesem Uebelstand soll durch Redaktionswechsel abgeholfen werden.

Die „Frankfurter Zeitung“, obwohl sie es als die „Voraussetzung jeder politischen Gesundung des Volkes“, ansieht, hat ihre schweren Bedenken gegen die Möglichkeit einer derartigen Umgruppierung der bürgerlichen Parteien. Sie verweist zugleich auf die Bestrebungen Stegerwalds, des ehemaligen preussischen Ministerpräsidenten von Reaktions Gnaden, der ebenfalls für eine große bürgerliche Parteiverschmelzung die Trommel rührt und führt dann aus:

„Beide Männer wollen äußerlich ungefähr das Gleiche, nämlich die Schaffung einer großen demokratisch-sozialen Partei, die irgendwo sei es in den Lehren der christlichen Kirche, sei es in einem weiter gefassten christlichen Kulturideal verwurzelt sein soll; aber wenn man bei Brauns ohne weiteres davon überzeugt sein kann, daß er nur dies und nichts anderes will, muß man bei Stegerwald, von dem ursprünglich vielleicht das Gleiche galt, heute doch unbedingt annehmen, daß er, gegen links verständig verärgert und von rechts her umschmeichelt, sich unter der Arbeitgemeinschaft einen ausserordentlich antisozialistischen Block der „bürgerlichen“ Parteien vorstellt, dessen Schrittmacher die von ihm geführten, aus Vitalistern aller nichtsozialistischen Parteien zusammengefaßten christlichen Gewerkschaften und Angestelltenverbände sein sollen.“

Die ganze Idee einer solchen Parteibildung leidet, auch wenn man sie im Sinne von Brauns aufstellt, vor allem an zwei fundamentalen Fehlern. Zunächst würde die erräumte Partei eine falsche Grenzsetzung aufzuweisen haben, indem sie auf der einen Seite von der Volkspartei her Elemente übernehmen würde, die man in einer bloßen Koalition zur Not passieren lassen, in einer einheitlichen republikanisch-demokratischen Partei aber unmöglich ertragen könnte, und indem sie andererseits nach links zu exklusiv wäre. Es ist zwar richtig, daß das völlige Aufheben der Sozialdemokratie in einer gesamt-demokratischen Partei bis auf weiteres praktisch nicht in Betracht kommt, weil der Klassencharakter in der Tat sowohl bei der Arbeiterschaft wie beim Bürgertum ungeheuer tief sitzt, woran nebenbei bemerkt auch die im Ganzen feindselige Profetisierung neuer Schichten des Mittelstandes und besonders der „Mittelstufen“ gar nicht so viel zu ändern scheint. Trotzdem aber müßte die große demokratische Partei, die wir brauchen, ihre Tore nach links weit offen halten, und es müßte betrachtet werden, daß sie sowohl wie die Sozialdemokratie sich als die Unterabteilungen einer idealen Gesamtpartei fassen.“

Damit sind auch alle die krankhaften Seiten des ganzen Problems angeleuchtet. Das Bürgertum sieht wohl geeint da, wenn es gilt, irgendwelche irgendwie ihm sozialistisch verdächtige Forderungen abzuwehren. Am übrigen ist es aber durch große Interessengegensätze gespalten. Auf der einen Seite steht das Finanzkapital und die Schwerindustrie, die ihrem Reicherwerb und ihrer Herrschaft auch die weiterverarbeitenden Industrien sich völlig unterwerfen wollen, in der Mitte steht die dieser Unterwerfungspolitik sich widersetzende Industrie der Weiterverarbeitung, auf der andern Seite finden wir die unzähligen kleinen vom Großkapital beider Arten abhängigen Mittelkategorien, Kleinkapitalisten und Gewerbetreibenden. Sie alle in einer Partei wirksam zu vereinigen ist ein Unding.

Das Proletariat ist nicht durch Interessengegensätze getrennt, sondern nur dadurch gespalten, daß ein Teil noch im Banne der bürgerlichen Ideologie von der undurchführbarkeit des Sozialismus, ein Teil dagegen unter der Bevormundung bornierter russischer Kommandos steht und auf alles Eigenes verzichtet hat. Diese Verklüftung wird das gleiche Klasseninteresse überbrücken. Die immer stärker werdenden kapitalistischen Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Parteien aber werden auch die Klüfte zwischen den bürgerlichen politischen Gruppierungen erweitern.

Deshalb braucht es allerdings nicht völlig ausgeschlossen zu sein, daß die bürgerlichen Parteien zunächst aus Angst vor dem Proletariat die Parteigegegensätze

überkleistern. Um so notwendiger ist es, dem einstweilen sich ein wenig einenden Bürgertum die dauernde Einigung des gesamten Klassenbewußten Proletariats gegenüberzustellen. Dann wird es auch auf die noch nicht zum Klassenbewußtsein erwachten Kreise des Proletariats, die heute noch die Herrschaft des Kapitals ermöglichen, diejenige Anziehungskraft ausüben, die notwendig ist, den Sieg des Sozialismus herbeizuführen.

Sitzung des Provinzausschusses der U.S.P. Berlin-Brandenburg

Gestern, Sonntag, 23. Juli, tagte im Berliner Gewerkschaftshaus der Provinzausschuß des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg. Nach einem Referat des Genossen Eckardt über die politische Lage und ausgiebiger Diskussion wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Provinzausschuß der U.S.P. für die Provinz Brandenburg und die Grenzmark, bestehend aus den Vertretern der einzelnen Kreise, den Abgeordneten und Sekretären, billigt die von der Zentralleitung und der Reichstagsfraktion seit dem Rathenau-Mord eingeschlagene Politik.“

Der Provinzausschuß erklart in den gemeinsam geführten Kämpfen die einzige Gewähr für den wirklichen Schutz der Republik und den endgültigen Sieg über die erstarrende monarchistisch-militaristische Reaktion.

Der Provinzausschuß erkennt, daß zur Stunde eine Einigung mit der SPD. unmöglich ist, da die SPD. unter der Tirade der Moskauer Sowjetregierung steht und als deren Werkzeug keine den tatsächlichen deutschen Machtverhältnissen entsprechende proletarische Politik machen kann. Deshalb sind die Verhandlungen der Zentralleitung unserer Partei mit der Zentrale der SPD. zwecks Schaffung einer großen gesunden, auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden sozialistischen Partei aufzunehmen. — Vor dem Parteitag und auf diesem selbst ist dann Bericht zu geben und das zur Diskussion zu stellen, was als organisatorische und programmatische Grundlage der zu verschmelzenden Parteien gelten soll.“

Die Kohlenforderungen unerfüllbar

Zu dem neuen, von der Reparations-Kommission vorgeschlagenen Programm der deutschen Kohlenlieferungen wird fastbarmtlich gemeldet:

Die Reparationskommission hat entschieden, daß Deutschland vom 1. August d. J. ab monatlich 1 725 000 Tonnen Kohle gegenüber einem bisherigen Soll von 1 916 000 Tonnen an die Entente abzuliefern hat. Hierin sind enthalten 620 000 Tonnen Koks, 100 000 Tonnen Koksfeinkohle und 125 000 Tonnen ober-schlesische Kohle, welche letztere Deutschland von Polen kaufen soll. Sortenmäßig sind daher die dringend verlangten Erleichterungen gegenüber dem bisherigen Programm nicht eingetreten. Mengemäßig ist die Ermäßigung durchaus unzureichend, indem die deutsche Forderung auf Verabreichung des Solls um rund 600 000 Tonnen, nur zu einem Drittel berücksichtigt sind. Diese Forderung war wohl begründet durch den Verlust Oberschlesiens und den Rückgang der Ruhrförderung, die zusammen einen monatlichen Kohlenverlust von 3 325 000 Tonnen ergeben. Indem das neue Programm, angesichts der verkleinerten Kohlenbasis, die deutsche Wirtschaft noch härter belastet als das bisherige, dessen undurchführbarkeit die Praxis schon erwiesen hat, läßt das Diktat der Reparationskommission die im Friedensvertrag vorgeschriebene Berücksichtigung der deutschen Wirtschaft völlig vermissen. Nach dem Urteil aller Sachverständigen ist die Erfüllung des neuen Programms unmöglich.

Die neuen Beamtengehälter Erhöhungen für Juli und August

Die am Sonnabend vormittag im Reichsfinanzministerium begonnenen Beratungen der Regierung mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter haben am Sonntag in früher Morgenstunden zu einer Verständigung geführt. Unter Berücksichtigung einerseits der Steigerung der Lebenshaltungskosten, andererseits aber der ersten Finanzlage des Reiches einigte man sich vorbehaltlich der Zustimmung des Reichskabinetts und der anschließenden Körperkassen bei den Beamten- und Angestelltenbezügen dahin,

daß der allgemeine Teuerungszuschlag vom 1. Juli um 55 Prozent, also von 105 auf 160 Prozent, vom 1. August um 80 Prozent, also auf 185 Prozent erhöht wird.

Das bedeutet eine Erhöhung der bisherigen Gesamtbezüge für Juli um rund 24 Prozent und für August um rund 31 Prozent. Entsprechend dieser Regelung erfolgt die Erhöhung der Arbeiterlöhne. Die Verhandlungen hierüber werden am 24. d. M. fortgesetzt. Die Anzahlung der erhöhten Bezüge soll, so wird von zuständiger Seite versichert, mit größter Beschleunigung erfolgen.

Ein Witzchen

Der „Roten Fahne“ paßt — wie immer — „die ganze Richtung nicht.“ So hat sie z. B. über unsere Funktionärerversammlung und über Levis Referat folgende Meinung: Die U.S.P.D. werde bei einer Verschmelzung mit der SPD. an die Kapitalisten verkauft. Und zwar hat das schon Marx im Kapital gesagt, wo es heißt: Je mehr eine herrschende Klasse mächtig ist, die bedeutendsten Männer der beherrschten Klasse in sich aufzunehmen, desto solider und gefährlicher ist ihre Herrschaft.“

Also lautet der „Roten Fahne“ weisheitsvoller Schluß: Die SPD. ist eine Kapitalistenpartei, die jetzt drauf und dran ist, die bedeutendsten Männer der beherrschten Klasse in sich aufzunehmen! Kleiner Schäfer! Soll das vielleicht eine verhältliche Aufsehung gegen Lenin, Trotzky, Tschitcherin usw. sein?!

Warum Wulle „verboten“ wurde

Wir brachten in unserer Sonntagsausgabe eine Nachricht der V.P.R., wonach das Wulle-Blatt „Deutsches Abendblatt“ auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten verboten wurde. Wie wir aus dem „Vorwärts“ ersehen, hat das Verbot andere Urheber und andere Gründe. Das „Deutsche Abendblatt“ wandte sich mit allerhand Saftigkeiten gegen den Abschuß Hennings aus der deutschen Volkspartei. Das ging der „Deutschen Tageszeitung“, in deren Unternehmen auch das Wulleblatt erscheint, wider den Strich. Sie schnitt kurzerhand dem Wulleblatt den Lebensfaden ab. Es wird nicht viele geben, die darüber trauern, wenn auch der Terrorismus, der in diesem Vorgehen zum Ausdruck kommt, den den Wulleleuten besonders empfindlich auf die Nerven fallen wird.

Rabiffizierung wegen Bayern

(D.N.) Berlin, 24. Juli. Wie die „Dena“ erzählt, ist das Reichskabinet heute vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten, in der neben der Erlebung laufender Angelegenheiten auch die durch das Verhalten Bayerns geschaffene Lücke zur Besprechung kommen dürfte.

Der Reichspräsident wird am 28. Juli Magdeburg und die Mitteldeutsche Ausstellung besuchen.

„Der Aufrechte“ verboten. Nachdem auf Grund der §§ 8 und 5 Abs. 4 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni er. Nr. 26 der Zeitschrift „Der Aufrechte“ wegen des Artikels „Tore auf!“ beschlagnahmt worden war, ist jetzt laut § 9 derselben Verordnung das weitere Erscheinen der Zeitschrift auf die Dauer von vier Wochen verboten worden.

Deutsche Gewerbechau München 1922

Die Gewerbechau München stimmt uns keineswegs sehr freudig und hoffnungsvoll. Fragelos sind in der unabweisbar großen Zahl der Objekte hier und da auch solche von künstlerischem Wert, aber das Niveau ist nicht sehr hoch und in manchen Abteilungen bedenklich niedrig. Man muß wohl denken, daß die vorübergehende warnten und bescheidenen, ob wir heute schon in Deutschland über ein genügendes Material für eine wirklich gute und moderne Ausstellung verfügen. Die Wahrheit ist, daß München 1922 weit hinter Köln 1914 zurückbleibt. München zeigt eine Ermattung, keinen Antik. In der Arbeit der jungen Generation kündigt sich ganz bestimmt ein Antik an. Doch will diese Jugend in Ruhe arbeiten, denkt nicht an über-eilte Ausstellungen und gar an Ausstellungen dieses Ausmaßes, die, wie uns scheint, überhaupt der Vergangenheit angehören.

Was besonders in München verstümmen muß, ist die Ueberwucherung aller Dinge durch eine „moderne“ Aufmachung, die doch nun endlich einmal abgebaut werden sollte. Sie ist auch ein schlimmes Stück Veranachlässigung für einen Menschen mit einigermaßen modernem Empfinden ist dieser Aufmachungsart oana einfach unerträglich, und weil, er ein Krebsgeschwür unserer Ausstellungen (und nicht nur dieser) ist, muß er immer wieder rücksichtslos bekämpft werden. Mehr als je hätten wir heute Anlaß, uns der größten vorbildlichen Sachlichkeit zu befleißigen, die niemals mit Trockenheit und Banalität eines sein muß, und diesen Umbau-Anstalt grundsätzlich zu vermeiden. Zudem hat sich für diese Aufmachung bei uns ein „Stil“ entwickelt, der nachherde anläßt fähig zu wirken — eine Mischung von Schnal und Groteskismus, scheinbar heiter, in Wahrheit trübe. Ohne Frage bewies Köln vor 8 Jahren einen ehrlichen Willen zur Führung (Gropius' Bürohaus, v. d. Velde's Theater, Lauts' Glashaus). In München scheint alles wieder auf die reißerische Befriedigung des sogenannten guten Geschmacks zurückzuführen. Man läßt sich führen statt bemüht an die Spitze zu treten. Die wichtigsten Probleme der Zeit werden kaum berührt. Trotz der Sab im Katalog „Unter Beachtung des bisher Entwickelten kann auch der Maschinendruck eine anständige Leistung vollbringen.“ Kann? — auch? — eine anständige Leistung? Nein, er wird die künstlerische Lösung des modernen Buches bringen! Wenn ich die härtesten Eindrücke zusammenstelle, wobei ich bemerken muß, daß mehrere Wochen nach der Eröffnung noch wichtige Dinge fehlten, so ist bezeichnend, daß der härteste Eindruck die alte Hallenanlage von Vertich in stroffer Betonkonstruktion von 1908 ist, die noch heute Respekt einflößt und ohne Frage die modernste Sache der

Ausstellung ist. Nicht nur wirkt die von Bernhard Pankof ausgearbeitete Mittelhalle, die nur in ihrer farbigen Gestaltung nicht krena genau auf die ausgearbeitete Objekte (Messina Aumeit) Rücksicht nimmt. Die Halle I, von Richard Riemerschmid hergeleitet, hat sich gleichfalls sehen lassen, und auch Ridda-Rümelins abschließendes Säulenbild steht entschieden über dem Durchschnitt der üblichen dekorativen Malerei (Teutich und Eber) erheblich darunter). Bruno Paul's Raum für die Mode ist schon keine reine Freude mehr, wenn ihm auch ein gewisser, nur ziemlich konventioneller Ehrgeiz nicht abgesprochen werden soll. — Für die innere Charakteristik der Ausstellung ein, wie mir scheint, charakteristisches Beispiel. — Was ist eine „Dombauhütte“? — Eine mittelalterliche Angelenheit. — Was ist für uns 1922 eine Dombauhütte? Ein schon klangvolles Wort. — Was ist für eine Gewerbechau 1922 eine Dombauhütte? — Der gerade Treffpunkt für Verabredungen und Stellensuchen. — Aber was ist nun eine „Art Dombauhütte“ 1922 auf einer Gewerbechau? — Es heißt im Katalog: „Vor dem Eingange zur Halle I ist eine Art Dombauhütte (es ist aber nicht das Innere, sondern das Äußere gemeint), in der V. Behrens den sehr dankenswerten und formal bedeutamen Versuch macht — so weit die Befestigung es ermöglicht — die künstlerische Verwendung des Riegels, zumal des Alufers, und der Edelsterns vorzuführen (es ist aber keine Vorführung gemeint).“ Also das ist eine Art Dombauhütte...! — In dem Katalog muß ich noch ein paar Worte widmen. Er ist in einem sehr manuellen Deutsch verfaßt, das zu einer Dualitätsausstellung nicht recht passen will, und er gefällt sich in einem Eigenlob alles Deutschen, das manchen Besucher lächeln machen wird. Wenn doch, wie hier versichert wird, das ganze Ausland weiß, wie wir Meister in dem und in dem sind... wozu dann eine Ausstellung? Denn wir selbst wissen es ja erst recht!!! — Und das heißt die Hauptfrage! Für den Aufbau des neuen Deutschlands bedeutet München 1922 leider so aut wie nichts.

Adolf Behne

Anatole France auf dem Index. Die „Acta Apostolicae Sedis“ veröffentlicht in der Nummer vom 1. Juli ein Dekret des heiligen Stuhls, durch das die Werke Anatole Frances auf den Index gesetzt werden.

Tages-Notizen

Am Theater am Hollenbühlplatz gelangt die erfolgreiche Operette „Liedte Lente“ von Hermann Goller und Hermann Müll von Schuchmanns, am Montag, den 24. d. M., bereits zum 100. Male zur Aufführung. Diese Jubiläumsvorstellung wird der Komponist persönlich dirigieren.

„Berichtigung“

Von Hanni Ball.

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes: Es ist unwar, daß unsere Organisation geheim ist und O heißt, wahr ist vielmehr, daß sie ABC heißt. Es ist unwar, daß unser Bund ABC, der sich aus reinrassigen arischen ABC-Schützen und Kleinkinderbewahranstalten zusammensetzt und in welchem statutengemäß nur politische Säuglinge Aufnahme finden, ein Mörderklub ist. Wahr ist vielmehr, daß unsere Vereinigung gänzlich unpolitisch ist. Trotzdem betrachten es die Mitglieder als ihre vornehmste Pflicht, die Republik vor kommunistischen Verbrechern zu schützen. (Kommunisten und Verbrecher sind bei uns alle diejenigen, welche nicht unsere nationale Gesinnung teilen und unsere guten Onkel Ludwig Lindbörn und Emil Escherich mit Schmutz bewerfen und an dem unglücklichen liegenden Holländer Wilhelm von Amerongen kein gutes Haar lassen.) Die beiden erstgenannten Onkel sind die Führer unseres Bundes und blicken wir zu diesen mit tiefer Verehrung empor.

Onkel Ludwig und Emil sind begeisterte Republikaner, anderlautende Mitteilungen sind insame Lügen!

Es ist und noch in früher Erinnerung, wie hurtig Onkel Ludwig gen Norden eilte, um ja nicht Zeuge jener furchtbaren Novemberumwälzung zu werden, denn das hätten seine ohnehin sehr angegriffenen Nerven nicht ertragen. Und schier unvergänglich wird uns der feierliche Moment bleiben, an welchem Onkel Ludwig nicht nur sein kal. preussisches Schnupftüchlein, sondern auch andere Bekleidungsstücke benutzte... Mit Tränen der Rührung nämlich. Damals als er seine Bemühungen, den unglücklichen Holländer Onkel Wilhelm nach Deutschland zurückzubringen, als gescheitert betrachten mußte. Da Onkel Ludwig schon mal in Schweden war, empfand er keine besondere Sehnsucht nach schwedischen Gardinen, hinter welche er eigentlich seit langem gehörte. Er weiß sich dieser unangenehmen Situation immer Flug zu entziehen. Wäre seine Strategie doch auch während der großen Zeit eine so gute gewesen!

Erich — pardon, Onkel Ludwig — ist ein guter Patriot, der sein Vaterland liebt. Wen Erich liebt, den züchtigt er. (Und manchmal auch.)

Die Wirkliche Geheime Organisation ABC reinrassiger arischer Säuglinge und Kleinkinderbewahranstalten.

J. A.: Karl Heil-Erich.

Poincaré geht nach England

Ein Nachgeben Frankreichs — Neue Anleiheverhandlungen

(E.) Paris, 24. Juli. Poincaré begibt sich am 31. dieses Monats nach London, wo am 1. August die Besprechungen mit Lloyd George beginnen werden, die etwa zehn Tage in Anspruch nehmen dürften. Poincaré wird von Delaunay und dem Direktor der politischen Angelegenheiten auf dem Quai d'Orsay, Ceretti del Rocca, und einer Anzahl Sachverständiger begleitet sein, und zwar für das Reparationsproblem, für die Orient- und die Tangerfrage. Man glaubt, daß englischerseits der Schatzkanzler Robert Horne und der stellvertretende Staatssekretär für Aussen, Lord Balfour, an den Besprechungen teilnehmen werden. Es heißt auch, daß Vertreter der italienischen und der belgischen Regierung, falls notwendig, nach London berufen werden würden. Poincaré kennt zwar bereits den vollständigen Bericht des Garantiefomitees, will aber den Beschluß der Reparationskommission über das deutsche Moratorium nicht abwarten. Man ist nämlich zu der Überzeugung gelangt, daß zu einem solchen Beschluß der Reparationskommission unbedingt ein Einverständnis der Regierung notwendig sei, da nur auf diese Weise ein wirksamer Beschluß der Reparationskommission zustandekommen könnte.

Keine Instruktion — nur Ratsschlüsse!

(E.) Paris, 24. Juli. Der „Intransigeant“ erklärt, daß man irrtümlicherweise von Instruktionen Poincarés an Dubois gesprochen habe. Es habe sich aber nur um eine Reihe von Ratsschlüssen für die nächste Zukunft gehandelt. Der Beweis dafür sei, daß Poincaré beschlossen hat, nach London zu gehen. Es sei wahrscheinlich, daß auch Vertreter Belgiens und Italiens an der Londoner Konferenz teilnehmen werden. Das Schicksal des deutschen Moratoriums werde somit in London und nicht im Hotel Astoria entschieden werden. Jede Regierung werde nach ihrem Vertreter in der Reparationskommission ihre Instruktionen überweisen und die Reparationskommission werde erst dann ihren Beschluß fassen.

Änderung der französischen Reparationspolitik

(E.) Paris, 24. Juli. Frankreich steht auf dem Standpunkte, seine negative Reparationspolitik fallen zu lassen. — schreibt der „New York Herald“, die auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans als Hindernis für den Wiederaufbau Europas kritisiert wurde. Die Konferenz zwischen Poincaré und Lloyd George, die Anfang August in London tagen wird, wird den französischen Ministerpräsidenten im Besitz eines endgültigen Planes zur Behandlung des Reparationsproblems finden. Dies sei der Grund, weshalb Poincaré darauf dringe, daß Deutschland nur ein sechsmonatiges Moratorium gewährt werde. Würde nämlich ein längeres Moratorium bewilligt werden, so litte darunter der Reparationsplan, den Poincaré in sämtlichen Besprechungen mit dem Finanzminister Delaunay und verschiedenen französischen Bankiers ausgearbeitet hat. Ein kurzfristiges Moratorium könnte aber dazu führen, das französische Bedürfnis nach sofortiger Bezahlung mit dem Gedanken Lloyd Georges, die englischen Forderungen an Frankreich aus der Kriegszeit her fallen zu lassen und dann die Gesamtsumme der Reparationen herabzumindern, in Einklang zu bringen. Würde dieses Einverständnis zustandekommen, dann könnte das internationale Garantiefomitee wieder einberufen werden. Es stände dann vor der neuen Tatsache, daß der Geist der Zusammenarbeit in Europa offenbar geworden wäre und daß eine internationale Anleihe sofort zustandekommen könnte. Man glaubt, daß in der Reparationskommission ein Kompromiß angenommen werden wird, durch das Deutschland ein längeres Moratorium gewährt würde, doch würde ein solcher Beschluß erst nach der Konferenz zwischen Poincaré und Lloyd George gefaßt werden. Diese Konferenz werde vor allem die Schwierigkeiten zu überwinden haben, wie eine künftige nationale Anleihe aufgestellt werden soll. Die französischen Sachverständigen wünschen, daß die Anleihe durch teilweise Auflassung der Generalhypothek über die deutschen Staatsbesitzungen und Zolleinnahmen garantiert werde. Das Garantiefomitee müsse sich in Berlin niederlassen und schon dort das tatsächliche Ausführungsorgan für die Bankiers, die die Anleihe zeichnen werden. Frankreich fordert, daß die Hälfte der Anleihe, die eine Milliarde Dollars ergeben könnte, ihm selbst in Reparationszwecken zugute komme. Die andere Hälfte könnte zur Bezahlung der deutschen Finanzen und zur Stabilisierung

der Mark verwendet werden. Diese halbe Milliarde Dollars frischen Geldes sowie die Ergebnisse des Wiesbadener Abkommens könnten Frankreich dazu verhelfen, seine zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Frankreich selbst wäre übrigens bereit, auf die Forderungen, die es an seine Alliierten aus der Kriegszeit her zu erheben hat, zu verzichten, falls auch England dasselbe Vorgehen gegen Frankreich anwendete. Man hofft, daß das ganze Reparationsproblem noch vor Ende dieses Sommers gelöst werden könnte, so daß das Bankierkomitee seine Tätigkeit im September wieder aufnehmen könnte.

Frankreich für Moratorium und Anleihe

(E.) Paris, 23. Juli. Der „Temps“ schreibt in seinem heutigen Leitartikel zur Reise Poincarés nach London, Frankreich werde von der Reparationskommission ein Moratorium für die nächsten Zweimonatszahlungen verlangen. Während dieser Zeit sollten ergänzende Reformen von Deutschland verlangt werden und eine internationale Anleihe ausgeben werden. Der Betrag dieser Anleihe sollte gestatten, Deutschland nach Verlauf des vorläufigen Moratoriums ein längeres zu gewähren. Es wäre wertlos, von der Reparationskommission schon jetzt ein abschließendes Verfehlen Deutschlands zu verlangen, da die Alliierten Frankreich wahrscheinlich auf dem Wege der Sanktionen nicht folgen würden.

Die Presse über die Konferenz Lloyd Georges-Poincaré

In der Sunday Times schreibt Crawford Price: Deutschland mit Strafen zu bedrohen, die denen am meisten Schaden zufügen, die sie verhängen, hat keinen Zweck. Ebenso zwecklos ist es, den Tag, an dem eine direkte logische und praktische Lösung gefunden werden muß, hinauszuschieben. Deutschland ist mehr als der ehemalige beste Kunde Englands, es ist der wirtschaftliche Eckpfeiler des Kontinents, und der Wiederaufbau Europas kann keinen Fortschritt machen, bevor nicht gestillt wird, daß Deutschland wieder auf die Füße kommt.

Zur bevorstehenden Zusammenkunft Lloyd Georges und Poincarés schreibt Deuvre, der englische und der französische Ministerpräsident hätten sich in der Frage des Moratoriums für Deutschland in entgegengesetztem Sinne geäußert. Bei ihrer Begegnung müsse notwendigerweise einer von ihnen Zugeständnisse machen, wenn die Konferenz nicht ergebnislos verlaufen solle. Eine Zusammenkunft ohne Ergebnis würde aber unter den gegenwärtigen kriegerischen Umständen die unangenehmsten Folgen haben. Die Spannung zwischen Frankreich und England würde dadurch derart gesteigert werden, daß man einen Bruch befürchten müsse. Uebrigens müsse die Antwort der Reparationskommission an Deutschland spätestens am 15. August erfolgen. Die Entscheidung müsse unvermeidlich gegen England oder gegen Frankreich fallen, wenn die beiden Mächte ihre Politik nicht vorher in Einklang gebracht hätten. Alle Freunde der Entente beiderseits des Kanals verlangten von Lloyd George und Poincaré, auch um den Preis einiger Opfer eine so fürchtbare Gefahr zu beschwören.

(E.) Paris, 24. Juli. Der „New York Herald“ schreibt, Frankreich habe sich deshalb entschlossen, die Reparationsfrage von einem internationalen Standpunkte aus anzusehen, um der Opposition entgegenzuarbeiten, die behauptet, die letzten Regierungen wären unfähig gewesen, den Staatshaushalt zu ordnen, und auch, um seinen früheren Einfluß in Amerika wiederzugewinnen, wo das Gefühl vorherrsche, daß die unerbittliche Haltung Frankreichs eigentlich nur das Vorzeichen zu militärischen Sanktionen sei. Zahlreiche Franzosen, welche in der letzten Zeit aus Amerika zurückgekehrt seien, erklärten, man bedauere in Amerika, daß England und Frankreich die Reparationsfrage nicht auf eine rein geschäftliche Basis stellen wollen. Man hoffe, daß eine Lösung der ganzen Frage noch vor Ende des Sommers zustande kommen werde, so daß das Komitee Morgan im September seine Tätigkeit wieder aufnehmen könne. Die „Chicago Tribune“ glaubt ebenfalls zu wissen, daß das Komitee Morgan im September wieder einberufen werden wird. Morgan werde bis zu dieser Zeit noch in London bleiben. Es sei wahrscheinlich, daß Lloyd George ein längeres Moratorium vorschlagen werde, als Poincaré beschließen lassen möchte.

Unterstützung des neu zu bildenden Kabinetts zu bewegen. Von seinen Freunden befragt, erklärte Ritti, daß, falls Orlando das Kabinetts bleibe, kein Mitglied des früheren Kabinetts dem neuen Kabinetts angehören werde. Besondere Schwierigkeiten wird die Frage bereiten, wie der Posten des Außenministers zu besetzen ist. Die Anhänger Violittis unterstützen zwar die Ernennung Rolando Riccio, des früheren Votschafers in Washington, doch wurde diese Kandidatur bereits fallen gelassen. Man spricht in dieser Beziehung besonders von dem Senator Scialoja sowie von dem italienischen Votschafers in London de Martino, doch sind dies nur Vermutungen. Orlando, der gestern Abend dem König seine Antwort erteilen sollte, wird dies erst heute Morgen tun können.

Gegen Moskau

Rotterdam, 23. Juli (Telegramm der „Freiheit“). Eine überfüllte Versammlung der Arbeiterschaft Rotterdams nahm nach einem Referat des Genossen Rosenfeld eine scharfe Protestresolution gegen die Moskauer Justizschände und gegen eventl. Todesurteile an den Sozialrevolutionären an.

Vom amerikanischen Kohlenarbeiterstreik. Wie der Korrespondent der „Times“ in New York schreibt, bedroht der amerikanische Kohlenarbeiterstreik die Eisen- und Stahlindustrie auf Erden. Zahlreiche Hochöfen werden in den nächsten Tagen ausbleiben werden, weil keine Kohle mehr vorhanden ist und weil die emaligte Kohle wahrscheinlich nicht früh genug in Amerika eintreffen werde. — Die Regierung beabsichtigt eine Nationalisierung der Kohle vorzunehmen.

Groß-Berlin

Die Löhne der städtischen Arbeiter und Angestellten

Der Magistrat verhandelte in außerordentlicher Sitzung über die Lohnerhöhungen für Juli. Da die Verhandlungen von Reich und Staat noch nicht beendet sind, sind demgemäß auch die städtischen noch nicht abgeschlossen. Die gewaltige Steigerung der Löhne der Arbeiter zwingt aber zu möglichst schneller Hilfe durch Zuschusszahlungen. Der Magistrat beschloß solche Zuschusszahlungen zum nächsten Freitag für

1. Arbeiter (männliche und weibliche).

a) Die männlichen Arbeiter über 24 Jahre und von 21 bis 24 Jahre (Beschäftigte) 100 Prozent = 1000 Mark. Ueber 21 bis 24 Jahre (Ledige) 90 Prozent = 900 Mark. Ueber 18 bis 21 Jahre 80 Prozent = 800 Mark. Ueber 17 Jahre 60 Prozent = 600 Mark. Ueber 16 Jahre 55 Prozent = 550 Mark. Ueber 15 Jahre 50 Prozent = 500 Mark. Ueber 14 Jahre 40 Prozent = 400 Mark.

b) Die weiblichen Arbeiter (75 Prozent) über 24 Jahre 750 Mark, über 21 bis 24 Jahre 675 Mark, über 18 bis 21 Jahre 600 Mark, über 17 Jahre 450 Mark, über 16 Jahre 412,50 Mark, über 15 Jahre 375 Mark, über 14 Jahre 300 Mark.

2. Die Angestellten.

a) Angestellte über 20 Jahre (männliche und weibliche): Gruppe Ba und Bb männliche 1000 Mk., weibliche 800 Mk. (90 Prozent); Gruppe Bc und Bd männliche 1000 Mk., weibliche 800 Mk. (95 Prozent); Gruppe Bc männliche 1000 Mk., weibliche 1000 Mk. (100 Prozent).

b) Jugendliche, männliche und weibliche (90 Prozent der Höhe der männlichen). Bis zum vollendeten 15. Lebensjahre 400 Mk. (40 Prozent), weibliche 300 Mk. Nach dem vollendeten 15. Lebensjahre 500 Mk. für männliche (50 Prozent), weibliche 450 Mk.; nach dem vollendeten 16. Lebensjahre 550 Mk. für männliche (55 Prozent), weibliche 405 Mk.; nach dem vollendeten 17. Lebensjahre 600 Mk. für männliche (60 Prozent), weibliche 540 Mk.; nach dem vollendeten 18. Lebensjahre 700 Mk. für männliche (70 Prozent), weibliche 630 Mk.; nach dem vollendeten 19. Lebensjahre 800 Mk. für männliche (80 Prozent), weibliche 720 Mk.

Die Vorschläge ergeben für den Monat Juli 60 Millionen. Die Durchführung der Zuschusszahlungen ist allerdings in Frage gestellt. Der Bericht des Räumers ergab, daß es ohne sofortige Unterstützung für Reich und Staat und ohne Beförderung der laufenden Ausgaben der Verwaltung nicht möglich sein wird, zum Freitag 60 Millionen zu diesem Zweck auszugeben. Der Magistrat beschloß, die Vorschläge in dem Umfang am nächsten Freitag zu zahlen, in dem die Mittel dafür vorhanden sind. Ueber die zur Aufbringung der Mittel bei den Werken usw. erforderlichen Tarifserhöhungen wird am nächsten Mittwoch der Magistrat beschließen. Für Mittwoch nachmittag wird der Magistrat eine Sitzung des Staatsausschusses zur Beschlußfassung erbitten. Mit den zuständigen Stellen in Reich und Staat wird weiter verhandelt.

Eine neue Droschkenordnung für Groß-Berlin

Der Berliner Polizeipräsident hat an Stelle der bisher von den verschiedenen Polizeipräsidenten des Landespolizeibereichs Berlin erlassenen Droschkenordnungen eine einheitliche Droschkenordnung für das Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin aufgestellt. In der neuen Verordnung, von der die städtische Verkehrsdeputation in ihrer letzten Sitzung zustimmend Kenntnis genommen hat, werden die verschiedenen Vorschriften vereinheitlicht und über die Pflicht der Fahrer und Ausfahrer, aber auch der Fahrgäste eingehende, zum Teil neue Bestimmungen getroffen. Da die neue Verordnung, deren Veröffentlichung demnächst in Aussicht steht, sich auf Groß-Berlin bezieht, so sind demzufolge auch die Droschkenführer und Kraftwagenführer verpflichtet, jede Fahrt nach einem Ort innerhalb des Gebietes der Stadtgemeinde Berlin anzunehmen. Damit ist den vielfachen Streitigkeiten ein Ende gemacht, die sich bisher zwischen den Wagenführern und Fahrgästen ergaben.

Die Absenderangabe auf Postkarten

Die Angabe des Absenders auf Postkarten und Drucksachen in Kartenform darf nur auf der linken Hälfte der Vorderseite stehen. Das Reichspostministerium hat angeordnet, daß diese Angabe ganz oder teilweise auch über die rechte Hälfte der Vorderseite hinweg gemacht wird, wenn die Vorderseite nicht für Mitteilungen, sondern nur für die Anschrift verwendet wird. Es macht dabei auch keinen Unterschied, ob auf der Aufschriftseite ein weiteres auch bei Postkarten und Drucksachen in Kartenform mit geteilter Aufschriftseite darüber hinweggehen werden, daß die rechte Hälfte der Vorderseite für die Absenderangabe mißbenutzt worden ist. Es soll aber bei jeder Gelegenheit auf das Publikum von den Postanstalten darauf eingewirkt werden, daß bei Reudruck von Karten mit geteilter Vorderseite die Absenderangabe nicht wieder auf die rechte Hälfte gesetzt wird. Alles dies gilt aber nur für das Inland. Im Verkehr mit dem Ausland bleiben die bisherigen Bestimmungen des Weltpostvertrags in voller Wirksamkeit.

Möbelsendungen auf der Eisenbahn

Zahlreiche Klagen der Versender von Möbelsendungen über erhebliche Beschädigungen solcher Sendungen haben der Eisenbahnverwaltung Veranlassung gegeben, die im Güterdienste beschäftigten Bediensteten anzuweisen, diese Sendungen schonend zu behandeln und sich die besonders sorgfältige Abfertigung dieser Sendungen zur Pflicht zu machen. Hierbei werden besonders die Beamten des Abfertigungs- und Aufsichtsdienstes angewiesen, bei der Verpackung und Behandlung von Möbel- und Klavier sendungen auf etwaige Mängel zu achten und diese sofort abzustellen, so daß Sendungen dieser Art tatsächlich auch die sorgfältige Behandlung erfahren und Beschädigungen nach Möglichkeit vermieden werden.

Germaniamarken ab 1. Oktober ungültig. Infolge der häufigen Postgebührenänderungen der letzten Jahre und der Überlastung der Reichsdruckerei ist es nicht möglich gewesen, die jeweils erforderlichen neuen Markenwerte rechtzeitig herzustellen; einige Werte der Germaniamarken haben daher ausnahmsweise im Verkehr belassen werden müssen. Der Verkauf noch vorhandener Germaniamarken, es handelt sich in der Hauptsache um solche zu 75 Pf., 1 1/4 M. und 4 M., wird nunmehr mit Ablauf des Monats September bei den Postanstalten eingestellt werden. Sämtliche Germaniamarken verlieren mit dem 31. Oktober d. J. ihre Gültigkeit. In den Händen des Publikums befindliche Stücke können bis zu diesem Tage gegen andere Postwertzeichen zum Nennwert umgetauscht werden.

Schwierigkeiten bei der italienischen Kabinettsbildung

(E.) Rom, 24. Juli. Die Beratungen über die Lösung der Ministerkrise dauerten gestern den ganzen Tag an, ohne zu irgendwelchen Ergebnissen zu führen. Orlando sieht sich einem Beschluß der Volkspartei gegenüber, die kategorisch den Ausschluß der äußersten Rechten fordert. Die Volkspartei befürchtet nämlich, beim nächsten Parteikongress desavouiert zu werden, wenn sie mit der Rechten in einem neuen Kabinetts zusammenarbeitet. Dasselbe gilt von der parlamentarischen Gruppe der Sozialisten, deren Parteikongress vom 16. bis 18. August dauern wird. Auch diese Gruppe befürchtet, daß eine etwaige Unterstützung des neuen Kabinetts ein Mißtrauensvotum zur Folge haben könnte. Es handelt sich also darum, zu wissen, ob die Gruppe der Rechten, d. h. Faschisten, Nationalisten und Militäraner trotz dieser lebhaften Opposition gegen ihren Eintritt in das neue Kabinetts dieses unterstützen würde. Eine bestimmte Verpflichtung in dieser Hinsicht wurde nicht eingegangen, weshalb sich Orlando auch bemüht, wenigstens einen Vertreter der Rechten in sein Kabinetts aufzunehmen. Die Reformisten und Volksparteiler jedoch, die gestern zusammentraten, nahmen Entschlüsse an, in denen der Ausschluß jedes rechtsgerichteten Parlamentarier aus der neuen Ministerkombination gefordert wird, da die letzte Abstimmung in der Kammer ausdrücklich deren Wunsch nach einem Kabinetts der Linken bekundete.

Gestern Abend hatte Orlando eine lange Verhandlung mit Ritti, der versprochen haben soll, seinen ganzen Einfluß bei den Sozialisten aufzubieten, um sie zur

